

Syrien wird erstickt

Westliche Besatzung und einseitige Strafmaßnahmen verletzen die syrische Souveränität und das Völkerrecht

Die Autobahn nach Aleppo ist ungewöhnlich leer. Ab und zu sind Busse oder Lastwagen zu sehen, PKWs kaum. Benzin und Diesel sind rar und teuer geworden in Syrien, Nah-, Regional- und Fernverkehr können die Menschen sich nicht mehr leisten. Obst und Gemüse, Weizen oder Milchprodukte sind sehr teuer, weil für den Transport und die Verarbeitung der Einsatz von Maschinen und Öfen erforderlich ist, die ohne Strom oder Treibstoff nicht funktionieren.

Die kleinen Service-Busse, die die Vororte der Großstädte mit den Zentren verbinden, stehen in langen Schlangen vor den Tankstellen, um einige Liter Treibstoff zu erhalten. Fahrgäste, die auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, weil sie kein Benzin mehr für ihre eigenen Autos kaufen können, müssen lange auf einen Transport warten.

Strom ist knapp, weil Syrien keine Ersatzteile für die im Krieg beschädigten Elektrizitätswerke kaufen kann. Hindernis dafür sind mangelnde Devisen, die einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen von EU und USA, die Besatzung der syrischen nationalen Ressourcen Öl und Gas im Nordosten des Landes durch USA-Truppen, und schließlich die geschlossenen Grenzübergänge in die Türkei und in den Irak, die den Handel mit Syriens Nachbarn und umgekehrt unterbinden.

Gegen das Vorgehen der USA und ihrer europäischen Partner, die mit ihren Besatzungs- und Strafmaßnahmen das Völkerrecht und die syrische Souveränität verletzen und das Land regelrecht ersticken, ist die UNO machtlos.



In der Textilwerkstatt Chakchak in Aleppo

(Foto: Karin Leukefeld)

Am schlimmsten ist der Hunger

Am schlimmsten aber sei der Hunger, sagt der Textilunternehmer Mahmud Chakchak in Aleppo. Ein Sandwich koste 10.000 Syrische Pfund, die meisten Menschen könnten sich das nicht mehr leisten. Vor dem Krieg habe diese Summe einem mittleren Monatsgehalt entsprochen. Ein Falafel-Sandwich konnte sich jeder für wenige syrische Pfund als Zwischenmahlzeit leisten. Es war – wie Brot – immer und für jeden erschwinglich, doch heute können die Syrer davon nur noch träumen. Viele Familien ha-

ben oft nicht einmal eine Mahlzeit am Tag. Kinder gehen hungrig zu Bett, das sie sich mit den Geschwistern teilen. Wenn sie ein Bett haben.

Mahmud Chakchak und seine drei Brüder hatten vor dem Krieg ein gut gehendes Unternehmen für Mäntel und Jacken aufgebaut. Aufgrund der guten Qualität und der günstigen Preise fanden die Waren weit über die Grenzen von Syrien hinaus in arabischen und muslimischen Ländern Afrikas Abnehmer. Mit Hilfe von Ersparnissen konnte Chakchak die Firma über den Krieg retten und seinen beiden Söhnen die Ausbildung zum Augenarzt und zum Ar-

chitekten ermöglichen. Als Augenarzt verdient der Ältere in einer Klinik heute knapp 500.000 Syrische Pfund, etwa 70 US-Dollar. Der jüngere Sohn arbeitet für etwa die Hälfte des Geldes als Architekt und hilft seinem Vater, um das Geschäft kennenzulernen.

Der Unternehmer fährt Bus

Er fahre nur noch mit dem Bus zu seinen Kunden in Latakia, Homs oder Damaskus, sagt Mahmud Chakchak im Gespräch mit der Autorin. »Ich fahre über Nacht, komme am frühen Morgen an, gehe zu den Kunden und fahre am

Nachmittag zurück.« Aktuell versuchten sie, die Winterkollektion zu verkaufen. Ein schicker, kurzer Mantel mit Kapuze kostet 150.000 Syrische Pfund (etwa 30 US-Dollar). Der Zwischenhändler, in dessen Geschäft im Stadtteil Aziziye wir uns bei einem Tee treffen, bekommt diesen Mantel für 100.000 SYP, so daß er 50.000 behalten kann.

Heute habe er noch nichts verkauft, sagt der Mann und schenkt Tee nach. An manchen Tagen könne er drei oder vier Mäntel verkaufen. Während des Gesprächs kommen immer wieder Mäntelchen mit der Mutter oder Tante und junge Frauen in den Laden und sehen sich die Mäntel an. »Sie prüfen die Waren und den Preis«, sagt der Verkäufer, das sei normal. Manchmal kämen sie am nächsten Tag zurück, um zu kaufen.

Der Strom aus dem Kraftwerk...

Es ist dunkel geworden, Strom gibt es nicht. Das große Kraftwerk östlich von Aleppo arbeitet derzeit immerhin wieder mit einer von fünf Turbinen. Präsident Assad war im Sommer 2022 persönlich gekommen, um den Neustart der einen Turbine zu begutachten und die Aleppiner freuten sich auf eine bessere Stromversorgung. Tatsächlich gab es in den folgenden Wochen täglich zwischen 6 und 8 Stunden Strom, doch dann war es vorbei und heute gibt es täglich 2 Stunden Strom. Am Donnerstag und Freitag, dem muslimischen Wochenende gibt es bis zu 6 Stunden. Wenn man in Aleppo zusätzlichen Strom braucht, muß er nach Ampère von den Inhabern großer Generatoren gekauft werden. Doch was wur-

de aus dem Strom des Kraftwerks?

...ist für die Industriestadt Scheich Najjar

Der Strom aus dem Kraftwerk sei für die Industriestadt Scheich Najjar, sagt Herr Chakchak: »24 Stunden rund um die Uhr an fünf Tagen die Woche«, werde Strom an Scheich Najjar geliefert. Die Regierung wolle die Unternehmen unterstützen und ermuntern, ihre Produktion wieder aufzunehmen. Für ihn sei der Strom sehr teuer, sagt Chakchak. Dazu kämen die hohen Fahrtkosten der Mitarbeiter, um nach Scheich Najjar zu kommen, das etwa 10 Kilometer nordöstlich von Aleppo liege. Seine Mitarbeiter arbeiteten aktuell nicht in der Fabrik in Scheich Najjar, sondern im Schichtwechsel in einer kleinen, älteren Werkstatt in der Stadt.

150.000 Syrische Pfund (etwa 30 US-Dollar) könne er den Männern bezahlen, er wisse, daß das sehr wenig sei. Zwei Mal die Woche kaufe er daher morgens ganz früh Brot für alle ein: »Ich stehe um fünf Uhr auf, bete und gehe dann zur Bäckerei, wo ich meist zwei Stunden warten muß«, sagt Chakchak. In dieser Zeit notiere er den Arbeitsplan für sich und die Arbeiter in ein kleines Notizbuch, das er aus seiner Jackentasche zieht: Einzelteile der Mäntel und Futter zuschneiden, zusammenheften und nähen usw. »Die 15 Arbeiter haben alle schon vor dem Krieg bei uns gearbeitet. Ihr Lohn ist gering, darum kaufe ich für sie und ihre Familien das Brot. Wir alle sind wie eine große Familie.«

Karin Leukefeld, Aleppo

Ermittlungen gegen Bolsonaro

Brasiliens faschistischer Expräsident war bei Putschplanungen zugegen

Für Brasiliens faschistischen Expräsidenten Jair Bolsonaro wird es langsam eng. Der Senator Marcos Ribeiro do Val bestätigte am Donnerstag in einer Livesendung, daß der ehemalige Staats- und Regierungschef nach seiner Wahlniederlage an einem Gespräch beteiligt war, bei dem er für einen Staatsstreich gewonnen werden sollte, um die Vereidigung des neugewählten Präsidenten Luis Inácio Lula da Silva zu verhindern.

Do Val, ein Militäroffizier, Mitglied der evangelikalen Partei »Podemos« und Senator für den Bundesstaat Espírito Santo, sagte, er sei am 9. Dezember von dem ehemaligen Abgeordneten Daniel Silveira zu einem Treffen mit dem Noch-Präsidenten gebeten worden. Dabei habe Silveira ihm vorgeschlagen, den Vorsitzenden des Wahlgerichts, Alexandre de Moraes, dazu zu bringen, kompromittierende Äußerungen zu machen. Das Gespräch sollte der Senator heimlich aufzeichnen, um den Richter wegen seiner Äußerungen verhaften zu können.

Richter De Moraes ist für Bolsonaro-Anhänger ein Feindbild. Unter anderem hatte er deren Klage gegen die

Stichwahl abgelehnt, aus der Lula da Silva als Sieger hervorgegangen war. Als Mitglied des Obersten Gerichts bereitet De Moraes derzeit Hunderte Anklagen gegen Putschisten vor, die nach Lulas Amtseinführung am 8. Januar mehrere Regierungsgebäude in der Hauptstadt Brasília gestürmt und verwüstet hatten. Bei dem Gespräch habe Bolsonaro schweigend danebengesessen, während Silveira das Komplott gegen den Richter dargelegt habe, sagte der Senator.

Silveira wurde am Donnerstag von der Polizei verhaftet. Den Haftbefehl hatte Richter Moraes ausgestellt. Er beschuldigt Silveira darin der Mißachtung von Gerichtsurteilen und der »völligen Mißachtung und Verhöhnung« der Justiz.

Vertreter von Bolsonaro, der sich Ende Dezember nach Florida abgesetzt hatte und sich seitdem in den USA aufhält, seien für eine Stellungnahme nicht zu erreichen gewesen. Auch sein »Partido Liberal« habe eine Stellungnahme abgelehnt, berichtete Reuters am Freitag. Die Agentur meldete weiter, daß Bolsonaros Sohn Flavio in einer Erklärung behauptet ha-



Senator Marcos do Val wird am Donnerstag in Brasília von Journalisten interviewt

(Foto: EPA-EFE/ANDRE BORGES)

be, daß es nie einen Putschversuch gab.

Präsident Lula da Silva hatte in einem Interview des Senders Globo News am 18. Januar darauf hingewiesen, daß für alle die Unschuldsvermutung gelte. »Aber wenn Bolsonaro etwas mit den Ereignissen (vom 8. Januar) zu tun hat, muß er bestraft werden«, forderte Lula.

Der oberste Gerichtshof in Brasilien hat derweil eine Untersuchung gegen den Senator Marcos do Val eingeleitet. Die Bundespolizei habe festgestellt, daß der Senator vier verschiedene Versionen des Sachverhalts geschildert habe, teilte das oberste Gericht in Brasília am Freitagabend (Ortszeit) mit.

Angesichts der schweren Vorwürfe eines möglichen versuchten Staatsstreichs ordnete de Moraes die Anhörung des Senators durch die Polizei an. Diese warf jedoch solche Zweifel an den Schilderungen auf, daß nun gegen den Senator unter anderem wegen Falschaussage und Verleumdung ermittelt wird. Die Vorwürfe sollten vollständig geklärt werden, hieß es in der Mitteilung des Gerichts.

Volker Hermsdorf